

NATIONALSOZIALISMUS UND SHOA

Zur Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland eskalierte der Antisemitismus immer mehr und gipfelte schließlich im industrialisierten Massenmord. Auf dem Weg dahin vollzog sich ein Prozess der Unterdrückung und der Verfolgung von Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich und in den von Deutschland im Krieg eroberten oder besetzten Gebieten.

Aufgaben:

1. Informiere dich in der Ausstellung („[Nationalsozialismus](#)“) über die systematische Verschlechterung der Situation der Jüdinnen und Juden.
2. Erstellt eine Zeitstrahl über die Repressalien, anti-jüdischen Gesetze und einschneidende Ereignisse für die Menschen jüdischen Glaubens. Dazu teilt ihr die Klasse in Gruppen ein. Jede Gruppe erarbeitet ein Jahr.

1933 1935 1938 1939 1941 1941



3. Erkläre, welche heute geltenden Menschenrechte den Jüdinnen und Juden während der nationalsozialistischen Herrschaft abgesprochen wurden.

Eine Reaktion auf die Schrecken des Zweiten Weltkrieges und den Massenmord, war die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ vom 10.12.1948. Sie besteht aus 30 Artikeln und wurde von den Vereinten Nationen beschossen. Hier erfährst Du mehr darüber:

<https://www.menschenrechte.jugendnetz.de/menschenrechte/artikel-1-30/>



Grid of dots for writing notes.

NATIONALSOZIALISMUS UND SHOA

ERWARTUNGSHORIZONT

Zur Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland eskalierte der Antisemitismus immer mehr und gipfelte schließlich im industrialisierten Massenmord. Auf dem Weg dahin vollzog sich ein Prozess der Unterdrückung und der Verfolgung von Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich und in den von Deutschland im Krieg eroberten oder besetzten Gebieten.

Aufgaben:

1. Informiere dich in der Ausstellung („[Nationalsozialismus](#)“) über die systematische Verschlechterung der Situation der Jüdinnen und Juden.
2. Erstelle eine Zeitstrahl über die Repressalien, anti-jüdischen Gesetze und einschneidende Ereignisse für die Menschen jüdischen Glaubens.

Vorlage Zeitstrahl:

1933

1945



1933: Nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler im Januar 1933 wurde der moderne Antisemitismus deutsche Staatsdoktrin. Bereits wenige Monate später wurde die mit der Reichsgründung 1871 hergestellte rechtliche Gleichstellung der Juden aufgehoben. Jüdische Beamte und solche mit jüdischen Vorfahren verloren durch das neu eingeführte Berufsbeamtengesetz ihre Stellung. Ebenfalls im April 1933 führte die Regierung eine Aktion gegen das jüdische Leben in Deutschland durch, indem es für einen Tag den Boykott jüdischer Geschäfte und Dienstleistungen verordnete. Überall in Deutschland kam es infolge der Boykotte auch zu Plünderungen und Gewalt.

1935: Die Nürnberger Gesetze im Jahr 1935 stellten die Grundlage für weitere Entrechtung und Verfolgungen von Jüdinnen und Juden dar. Sie unterteilten die Bevölkerung in sogenannte Deutschblütige, Mischlinge und Juden, entzogen Jüdinnen und Juden Teile ihrer staatsbürgerlichen Rechte und verboten Eheschließung und Geschlechtsverkehr zwischen Juden und Nichtjuden. Juden waren fortan Bürger zweiter Klasse.

1938: Im November 1938 begann eine neue Phase der antisemitischen Politik. Im ganzen Reich steckten Mitglieder von SA und SS sowie andere überzeugte Nationalsozialisten Synagogen in Brand, zerstörten Geschäfte jüdischer Inhaber und töteten etwa 800 Juden. Darüber hinaus wurden rund 30.000 Juden verhaftet und unter brutalen Haftbedingungen in Konzentrationslagern festgehalten. Dieses Vorgehen leitete den Übergang von der Diskriminierung und dem Ausschluss aus der Gesellschaft zur offenen Verfolgung von Jüdinnen und Juden in NS-Deutschland ein.

1939: Mit dem deutschen Überfall auf Polen im September 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Der Angriffskrieg brachte einen Großteil der jüdischen Bevölkerung Europas unter deutsche Herrschaft. Allein in Polen gerieten rund 3,5 Millionen Jüdinnen und Juden unter nationalsozialistische Herrschaft. Eine der ersten Maßnahmen der deutschen Besatzer war die Einrichtung von Ghettos in polnischen Großstädten. In den abgetrennten und beengten Stadtteilen führten unmenschliche Nahrungsrationierung, fehlende medizinische Versorgung und äußerst beengte Wohnverhältnisse zu Hungertod und Seuchen. Auch die deutschen Juden wurden in diese Ghettos deportiert. Das größte befand sich in Warschau mit rund 360.000 Einwohnern. Viele mussten für deutsche Unternehmen Zwangsarbeit leisten.

1941: Mit dem Beginn des Vernichtungskriegs gegen die Sowjetunion im Juni 1941 begann eine neue gewaltsame Phase der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung. Einsatzgruppen aus Angehörigen der Sicherheitspolizei, der Ordnungspolizei und der SS töteten zahlreiche Jüdinnen und Juden durch Massenerschießungen. Innerhalb eines halben Jahres fielen den Mordaktionen rund 500.000 Menschen zum Opfer. Nach ersten Versuchen im Dezember 1941 wurden die Massenerschießungen der Einsatzgruppen durch den Einsatz von Gasen ergänzt, erst in mobilen Gaswagen, dann in stationären Gaskammern, die in Vernichtungslagern errichtet wurden. Diese wurden überwiegend im besetzten Polen errichtet.

1942: Ab Juli 1942 wurden die Ghettos schrittweise aufgelöst und ihre Bewohner in Vernichtungslager deportiert. Im Januar 1942 führten führende Vertreter der Reichsregierung in Berlin-Wannsee eine geheime Konferenz durch. Schon zu diesem Zeitpunkt wurde bereits fast eine Million europäische Juden ermordet. Der Völkermord an dem europäischen Judentum wurde auf dieser Konferenz organisiert.

3. Erkläre, welche heute geltenden Menschenrechte den Jüdinnen und Juden während der nationalsozialistischen Herrschaft abgesprochen wurden.

Eine Reaktion auf die Schrecken des Zweiten Weltkrieges und den Massenmord, war die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ vom 10.12.1948. Sie besteht aus 30 Artikeln und wurde von den Vereinten Nationen beschossen. Hier erfährst Du mehr darüber:
<https://www.menschenrechte.jugendnetz.de/menschenrechte/artikel-1-30/>



Die anzusprechenden Menschenrechte sind:

Artikel 1 – 30: Im Grunde wurde den Jüdinnen und Juden alle Menschenrechte aberkannt. In den Informationen, die in der Ausstellung gesammelt werden können sind jedoch nicht alle Menschenrechte explizit oder implizit angesprochen.

Insbesondere folgende Artikel müssten ggf. von der Lehrperson in dem Zusammenhang noch erläutert werden:

Art. 4 – Keine Sklaverei: Jüdinnen und Juden wurden zur Zwangsarbeit bis zum Tode gezwungen

Art. 6 – Rechtsfähigkeit: galt nicht für Jüdinnen und Juden, obwohl eigentlich selbst staatenlose Menschen durch diesen Artikel geschützt werden

Art. 14 – Asylrecht: seit 1941 waren Jüdinnen und Juden keine Staatsbürger mehr und durften nicht mehr ausreisen, daher keine Möglichkeit zum Asyl

Art. 26 – Bildungsrecht: kein Recht auf Schulbesuch usw. mehr seit 25.04.1933. Seither durften nur noch 5 % der Schülerinnen und Schüler nicht-arischer Herkunft sein, bei Neueinschulungen 1,5%.

Art. 27 – Freiheit des Kulturlebens: Stichwort „entartete Kunst“